Beschluss

Solidarität mit den angegriffenen Menschen in den kurdischen Gebieten

Antragsteller*in: Aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

Als Leipziger Kreisverband verurteilen wir die erneute türkische Militäroffensive auf kurdische Siedlungsgebiete und stehen solidarisch mit allen von den Angriffen Betroffenen.

Bereits seit den 1980er Jahren währt der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der PKK, seit 2016 führt die Türkei vermehrt völkerrechtswidrige Angriffe auf die kurdischen teilautonomen Regionen im Nordirak und in Syrien durch.

Seit dem Frühsommer 2022 häufen sich zudem die Hinweise, dass die Türkei bei diesen Angriffen auch chemische Waffen, insbesondere Chlorgas einsetzt. Die Verwendung chemischer Waffen ist sowohl durch das Völkerrecht, als auch durch die Chemiewaffenkonvention, die die Türkei mitunterzeichnet hat, verboten. Als Bündnisgrüne verurteilen wir jegliche Form von Völkerrechtsbrüchen.

- Wir unterstützen die Kundgebungen in Leipzig, die sich gegen die türkische Militäroffensive aussprechen. Wir stellen uns an die Seite derer, die gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen der Türkei protestieren.
- Wir verpflichten uns als Kreisverband, dazu beizutragen, die Angriffe stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.
- Außerdem beauftragen wir unsere Amts- und Mandatsträger:innen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene klar Stellung zu dem türkischen Angriff zu nehmen und diesen als völkerrechtswidrig zu verurteilen. Wichtig ist uns dabei, dass wir nicht den türkischen Terror-Begriff zu übernehmen, der die kurdische Bevölkerung unter Generalverdacht stellt.

Begründung

In der Nacht vom 19. auf den 20. November 2022 führte das türkische Militär Luftangriffe in Nordsyrien durch und griff Kobanî, Dêrik, Dirbesiye, den Norden von Aleppo und andere Gebiete an der türkisch-syrischen Grenze an. Diese Angriffe wurden vom türkischen Staat als Operation ”Klauenschwert” bezeichnet, was darauf hindeutet, dass es sich hierbei um eine länger währende Offensive handeln könnte.

Wie viele Menschen seit Beginn der Offensive getötet wurden, ist unklar. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in Großbritannien spricht für den Zeitraum seit Beginn der Offensive von Zahlen zwischen 35 und 63 Menschen, im Nordirak soll niemand getötet worden sein. während Die Türkei spricht von 254 - 326 ”neutralisierten Terroristen”, d.h. getöteten Personen.

Die türkische Regierung begründet die erneute Offensive mit der Explosion in der Istanbuler Einkaufsstraße Istiklal vom 13.11.22, in der sie einen Terroranschlag der kurdischen PKK sowie der YPG/J

sieht. Die PKK wies diesen Vorwurf jedoch zurück. Auch Sicherheitsexpert:innen halten die PKK als Verursacherin für unwahrscheinlich. Viele Beobachter:innen sehen in der türkischen Offensive, mit der kurdische Milizen als Bedrohung für die öffentliche Ordnung der Türkei inszeniert werden, ein wahlkampftaktisches Manöver.

Wiederholt kündigt Erdoğan zudem eine Bodenoffensive in Nordsyrien an. Diese hätte für die lokale Bevölkerung verheerende Auswirkungen, und könnte neben einer schweren humanitären Krise auch den Wiederaufstieg von ISIS in der Region bedeuten